

MARKTGEMEINDEAMT MOLLN

Nr. 31/2015-2021

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **SITZUNG des GEMEINDERATES**

der Marktgemeinde Molln am 25. Juni 2020

Tagungsort: Nationalparkzentrum Molln, ATRIUM

Anwesende:

1. Bürgermeister REINISCH Friedrich (ÖVP) als Vorsitzender
2. GRM BUCHRIEGLER Regina, Mag. (FH) – (ÖVP)
3. GRM LAGLSTORFER Johann (ÖVP)
4. GRM RESCH Josef (ÖVP)
5. GRM KÖSSNER Gudrun, Mag. (ÖVP)
6. GRM BANKLER Stefan (ÖVP)
7. GVM SEEBACHER Gottfried (ÖVP)
8. Vizebürgermeister HOFBAUER Manfred (SPÖ)
9. GVM WELSER Helmut (SPÖ)
10. ---
11. GRM AIGNER Walter (SPÖ)
12. GRM BRUNNER Ulrike (SPÖ)
13. ---
14. GRM SUMMEREDER Thomas (SPÖ)
15. --
16. GRM RUSSMANN Andreas (bim)
17. GRM PLATZER Alfred (bim)
18. GVM GASPLMAYR Dominik (bim)
19. ---
20. GRM PLATZER Christoph (bim)
21. GRM WAGNER Otmar (FPÖ)
22. GVM PRENTNER Manfred (FPÖ)
23. GRM KORES Bettina (FPÖ)
24. GRM BACHMAYR Helmut (FPÖ)
25. GRM SCHMIDBERGER Barbara (FPÖ)

Ersatzmitglieder:

Marek Ulrike (SPÖ)

Knoll Sabine (SPÖ)

Bachmayr Otto (SPÖ)

Priller Willibald (bim)

für Herzog Erika (SPÖ)

für Schober Martin (SPÖ)

für Wildauer Hubert (SPÖ)

für Koller Markus (bim)

Leiter des Gemeindeamtes: Mag. Christian Pölz

Es fehlen:

Entschuldigt:

Wildauer Hubert (SPÖ)
Herzog Erika (SPÖ)
Schober Martin (SPÖ)
Koller Markus (bim)

Nicht entschuldigt:

Die Schriftführerin: Elisabeth Fischer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 18.6.2020 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 27.2.2020 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsichtnahme noch aufliegt und gegen die Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

TAGESORDNUNG:

- Punkt 1) Hausarztpraxis und öffentliche WC-Anlage; Beratung und Beschlussfassung
- a) Kaufvertrag mit Fa. Anton Aigner GesmbH
 - b) Wohnungseigentumsvertrag mit Fa. Anton Aigner GesmbH
 - c) Dienstbarkeitsvertrag für Bushaltestelle mit Fa. Anton Aigner GesmbH
 - d) Mietvertrag mit Dr. Peter Schilcher
 - e) Darlehensaufnahme
- Punkt 2) Sanierung Schulzentrum; 1. Etappe; WC-Anlagen, Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 3) Sanierung Straßenbeleuchtung; Beratung und Beschlussfassung
- a) Auftragsvergabe
 - b) Darlehensaufnahme
- Punkt 4) FF Frauenstein; Ankauf Neues Löschfahrzeug (LF-B); Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 5) Subventionen an Vereine und Körperschaften; Finanzjahr 2020; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 6) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung u. Beschlussfassung:
a) Bianca Bosche; Umwidmung Nr. 3.101; Grundsatzbeschluss
b) ÖBf AG; Forstbetrieb Steyrtal; Umwidmung Nr. 3.102; Grundsatzbeschluss
c) Rene Haidlmair; Umwidmung Nr. 3.103; Grundsatzbeschluss
- Punkt 7) Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2019; Prüfbericht BH Kirchdorf/Krems; Kenntnisnahme
- Punkt 8) Anonyme Aufsichtsbeschwerde und Aufsichtsbeschwerde der SPÖ-Fraktion gegen Bürgermeister, Enderledigung Amt der Oö. Landesregierung IKD-2018-502451/15-Oa; Kenntnisnahme
- Punkt 9) Krabbelstube, Errichtung 2. Gruppe; Grundsatzbeschluss; Beratung u. Beschlussfassung
- Punkt 10) SPÖ-Fraktion; Nachwahlen in diverse Ausschüsse; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 11) Allfälliges

Der **Bürgermeister** nimmt eingangs die **Angelobung** von **SUMMEREDER Thomas (SPÖ)** gem. § 20 Abs. 4 Oö. GemO. vor und sagt, dass der **Sitzungsplan für das 2. Halbjahr 2020** durchgeht und jedes Mitglied den Empfang zu bestätigen hat.

Anschließend gibt er bekannt, dass **1 Dringlichkeitsantrag** von der SPÖ-Fraktion vorliegt und zwar:

SPÖ-Fraktion; Nachwahlen in diverse Ausschüsse; Beratung und Beschlussfassung

Er bringt den Antrag zur Kenntnis und lässt anschließend über die Aufnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, folgende Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 10) zu behandeln:

SPÖ-Fraktion; Nachwahlen in diverse Ausschüsse; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 1) Hausarztpraxis und öffentliche WC-Anlage; Beratung und Beschlussfassung**
a) **Kaufvertrag mit Fa. Anton Aigner GesmbH**
b) **Wohnungseigentumsvertrag mit Fa. Anton Aigner GesmbH**
c) **Dienstbarkeitsvertrag für Bushaltestelle mit Fa. Anton Aigner GesmbH**
d) **Mietvertrag mit Dr. Peter Schilcher**
e) **Darlehensaufnahme**

a-d) Der **Bürgermeister** bedankt sich bei AL Mag. Pölz, der sich wesentlich in die Vertragsgestaltung eingebracht hat. Die Vertragsentwürfe sind an alle GRM ergangen. Es hat

noch Änderungen beim Wohnungseigentumsvertrag gegeben, wo es um Änderungen bei den Warmwasser- und Stromkosten gegangen ist. Er erläutert die Änderungen kurz und sagt, dass der aktuelle Entwurf gestern versendet wurde. Am Dienstag hat es die Möglichkeit einer Besichtigung des Gebäudes mit Hr. Aigner gegeben. Von 25 GRM waren nur 4 GRM dabei anwesend, außer der bim waren alle Fraktionen vertreten, er war da schon etwas enttäuscht, so der Bürgermeister. Er erläutert anschließend alle Punkte eingehend und sagt, dass es sehr wichtig ist, dass Molln wieder einen Arzt bekommt. Anschließend ersucht er um Wortmeldungen und sagt, dass nach Diskussionsende jeder Punkt einzeln abgestimmt wird.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass alle im Gemeinderat froh sind darüber, dass sich ein Mollner Arztehepaar bereiterklärt hat, gemeinsam die Arztstelle von Gemeindearzt Dr. Gärtner nachzubesetzen. Sie geht anschließend auf die schwierige Situation der Hausärztenachbesetzung ein und erläutert kurz die Vorgehensweise bezüglich der Errichtung der Hausarztpraxis. Sie erläutert die Position der SPÖ dabei und sagt, dass diese sich für den Plan von Arch. Gärtner, der damals bei der Errichtung des Bürgerzentrums ein 3-stöckiges Gebäude mitgeplant hat, ausgesprochen hat. Auch die Idee von Platzer Alfred, ein Angebot über die Sanierung des bestehenden Gebäudes einzuholen, hat der SPÖ gefallen. Aufgrund der Dauer bzw. der Länge dieser Verhandlungen bzw. Abschätzungen, welches Gebäude möglich wäre, ist immer mehr Zeit vergangen und es wurde immer rascher ein Beschluss benötigt. Insofern wurde dann der Vorschlag des Bürgermeisters mehrheitlich angenommen, das Arztgebäude in der Form zu errichten, wie es jetzt dasteht. Die Förderung soll in Form eines Kredites erfolgen. Sie sagt weiters, dass alle GRM angehalten sind, im Rahmen der Möglichkeiten und so sparsam wie möglich, Projekte durchzuführen. Sie verweist auf die Gemeindefinanzierung NEU und sagt, dass das ein ziemlicher „Rucksack“ für die Gemeinde ist. Man bekommt kaum noch Förderungen, wenn man nicht selber Eigenmittel hat. Daher muss man auch für dieses Projekt jetzt einen Kredit aufnehmen. Die Position der SPÖ ist die, dass sie von Beginn an für Transparenz gewesen ist bzw. für die Ausschreibung eines so großen Bauvorhabens und diese Position möchte die SPÖ beibehalten. Anschließend bedankt sie sich im Namen der SPÖ herzlich für die langjährige Dienstleistung bei Gemeindearzt Dr. Martin Gärtner zum Wohle der Mollnerinnen und Mollner und wünscht ihm, dass er seine Pension genießen kann.

GRM Platzer A. (bim) sagt, dass sich alle einig sind, dass Molln einen Arzt braucht. Er ist dankbar, dass Dr. Schilcher der Nachfolger von Dr. Gärtner wird und er glaubt, dass er ein guter Arzt für Molln sein wird. Bim ist von Haus aus dafür, sparsame Maßnahmen zu setzen und deshalb war bim immer dafür, eine Sanierung des alten Postgebäudes vorzunehmen, obwohl bekannt war, dass die Substanz nicht besonders gut ist und dass man einiges an Geld in eine Sanierung stecken muss. Vor Jahren hat es bereits ein Sanierungskonzept der SPÖ gegeben, welches Bmst. Kniewasser evaluiert und dabei Kosten um die € 300.000,- herausgekommen sind. Ihn hat damals etwas verwundert, dass das nie in Betracht gezogen wurde, sondern von Haus aus vom Bürgermeister immer abgelehnt wurde. Es hat auch Gespräche mit den verschiedenen Wohnungsgenossenschaften gegeben und zum Schluss ist herausgekommen, dass die Fa. Aigner das Konzept übernehmen würde. Ihn persönlich hat aber so frustriert, dass man nie Alternativen gesucht hat und man sich nur diese eine Variante, Fa. Aigner, zum Ziel gesetzt hat. Und das hat der Bürgermeister um jeden Preis durchfechten wollen. Er spricht anschließend die finanzielle Situation an und sagt, dass das Projekt seiner Meinung nach völlig übersteuert und die Mietvereinbarung wesentlich überzogen sind. Er würde persönlich nie so einen Vertrag abschließen, aber die Mehrheiten werden das dann entscheiden. Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss, wo man damals gesagt hat, dass man den Arzt mit € 100.000,- fördern will. Aufgrund dieser neuen Situation und des GR-Beschlusses, den es ja gibt, hat die Fa. Aigner zum Bauen angefangen. Der vorgeschlagene Mietvertrag mit Dr. Schilcher führt dazu,

dass wir einen Arzt in Molln mit € 500.000,-- fördern, wobei man noch gar nicht abschätzen kann, ob dies nicht zu tief gegriffen ist, weil man die Situation der Zinsentwicklung und die Inflationsauswirkung bzw. die Laufzeiten noch nicht kennt. Wenn man das Gebäude so ankaufen, wie es vorgeschlagen wird, wird in Zukunft auch die Instandhaltung zu tragen sein. Was aber er so unmoralisch empfunden hat, dass die Gemeinde nach 66 Jahren eine Restwertfeststellung hat und noch einmal zur Zahlung gebeten wird. Das muss uns klar sein, dass man den Arzt mit € 500.000,-- fördert, wo es aber einen GR-Beschluss mit € 100.000,-- gibt. Dann ist da noch die Vorgehensweise des Bürgermeisters, der im Nachhinein aus seiner Sicht betrachtet, unmoralisch gehandelt hat. Er ist ja in dieses Amt gespült worden, mehr oder weniger, aus welchen Gründen auch immer. Viele haben sich ja bei der letzten Wahl einen anderen Ausgang erwartet. Er muss aber dazusagen, so GRM Platzer, dass er dem Bürgermeister 3 bis 3,5 Jahren durchaus die „Stange gehalten“ und ihn unterstützt hat, weil er der Meinung war, dass man jedem Bürgermeister eine Chance geben soll. Nur aus seiner Sicht hat der Bürgermeister das, was er sich erwartet hat, aber nicht erfüllt. Anschließend spricht er die finanzielle Situation der Gemeinde an und sagt, dass man bisher immer Schulden gemacht hat und zwar zu 95 – 98 % im Zusammenhang mit dem Kanalbau, das muss man machen, das ist ein Umweltthema und das ist auch wichtig. Jetzt macht man Schulden, man kauft ein Gebäude um € 500.000,-- , man will eine Straßenbeleuchtung um € 500.000,-- anschaffen und vielleicht noch Darlehen für viele andere Dinge aufnehmen. Kreditaufnahmen sind offensichtlich modern, nicht nur im privaten Bereich, sondern jetzt auch noch in der Gemeinde. Besser wirtschaften wird seiner Meinung nach aber nicht angedacht.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass der Startschuss für das Ärztehaus im Herbst 2019 gelegt wurde. Dank der heimischen Firma Aigner ist es gelungen, dass sie in einem Jahr ein Gebäude selbständig errichtet haben, während der Gemeinderat mit Wohnbaugenossenschaften gesprochen hat, die gesagt haben, dass man nach dem Startschuss 2 – 3 Jahre für die Errichtung brauchen wird. Ein heimischer Betrieb hat gesagt, dass er das schafft und macht, weil es ihm ein großes Anliegen ist, dass es einen Arzt in Molln gibt. Die € 100.000,-- die damals beschlossen wurden, war eine Geschichte zwischen Dr. Schilcher und Dr. Gärtner, das hat mit der Situation jetzt gar nichts mehr zu tun. Man muss sich endlich von den € 100.000,-- verabschieden. Dass die Gemeinde den Arzt mit € 500.000,-- subventioniert, das ist Blödsinn, denn dann bräuchte Dr. Schilcher keine Miete bezahlen, dann bräuchte man auch keinen Mietvertrag.

Das Ehepaar Schilcher zahlt für die 172 m², die sie von der Gemeinde bekommen, Miete. Die Gemeinde finanziert die Räume vor und bekommt das wieder zurück. Es stimmt, dass sie in den ersten Jahren einen verminderten Mietvertrag haben, ein Arzt hat Investitionen, das war auch seine Bedingung, dass er überhaupt nach Molln kommt. Aber in einigen Jahren passt sich das ganz normal dem Index an und auch dem Mietzins, der im Steyrtal vorherrscht. Man liegt hier bei € 6,-- und das wird auch von Dr. Schilcher bezahlt. Alle Fraktionen sind letztes Jahr zusammengesessen und haben diskutiert, was es braucht, damit die Fa. Aigner zum Bauen anfangen kann, damit ein Arzt wie Dr. Schilcher überhaupt hier anfangen kann bzw. welche Sicherstellungen er bekommt. Auf Basis dieser ganzen Schnelligkeit hat der Gemeinderat einen Entschluss fassen müssen, es wurde ja jahrelang nur diskutiert. Irgendwann muss man sagen, es ist Schluss, man zieht es durch und zu diesem Zeitpunkt war das einfach der beste Weg.

Anschließend spricht sie die Verträge und die Vorgehensweise an und sagt, dass diese im Beisein von Notar Dr. Gebeshuber, dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und der Fa. Aigner aufgesetzt und in einem 2. Treffen korrigiert und angepasst wurden. Die ÖVP hat es sich auch nicht leicht gemacht und die Verträge noch einmal prüfen lassen – auch vom Gemeindebund. Es sind Basisverträge, solide Verträge und rechtlich korrekt – die ÖVP wird zustimmen.

Sie bedankt sich anschließend beim Arztehepaar Dr. Schilcher und bei Dr. Gärtner und sagt, dass man bei Dr. Schilcher nicht Halt gemacht und versucht hat, ihn zu verunsichern. Das hat

den Eindruck erweckt, man wollte erreichen, dass er „abspringt“ – und er war schon 2 x nahe dran, aber sein Herz hängt an Molln. Sie bedankt sich, dass sie den Mut hatten, sich für die Arztstelle zu bewerben und die Mollnerinnen und Mollner können sicher sein, dass die ärztliche Versorgung gesichert ist. Ihr Dank gilt auch Dr. Martin Gärtner, der sich schon längst in seine wohl verdiente Pension zurückziehen hätte können, aber noch tatkräftig bei Peter Schilcher mitarbeitet, weil er weiß, dass man die „Flut“ an Patienten nicht alleine schaffen kann – die Mollnerinnen und Mollner liegen ihm aber am Herzen.

Sie sagt, dass man dankbar sein sollte, dass die ärztliche Versorgung sichergestellt ist und man aufhören sollte, „Flöhe“ zu suchen, es soll endlich für Molln gearbeitet werden.

GRM Rußmann A. (bim) sagt, dass der heutige Tagesordnungspunkt einen Generationswechsel in unserer Hausarztpraxis markiert und dass das prinzipiell stattfindet, ist äußerst positiv zu bewerten. Leid tut ihm die Familie Schilcher, wenn es darum geht, wie diese Rahmenbedingungen waren, bis man so weit gekommen ist. Sie hätten sich eine bessere Vorgehensweise verdient seitens der Gemeinde. Die Gemeinde hat das Projekt lange verschleppt und dafür gesorgt, dass man aus einer beschlossenen Förderung von € 100.000,-- eine Förderung von € 500.000,-- gemacht hat – da muss er Platzer Alfred Recht geben. Man kann das ganz leicht errechnen. Das ist dem Gemeinderat zuzuschreiben und sicher auch dem Bürgermeister. Bezüglich der Verträge, sagt er, dass alle jene, die mitstimmen, Verträge beschließen, wo man nicht weiß, wie das finanziell über die lange Vertragsdauer hinaus ausgeht. Das würde privat kein Mensch machen!

GRM Wagner (FPÖ) sagt, dass er sich eigentlich nicht zu Wort gemeldet hätte, aber mit diesen Wortmeldungen ist er überhaupt nicht einverstanden. Die Meldungen von der bim bezüglich einer Förderung von € 500.000,-- - da stimmt etwas beim Rechnen nicht. Die FPÖ hat in ihrem Wahlversprechen angeführt, dass die FPÖ einen Arzt in Molln haben will. Dass das vielleicht nicht die günstigste Lösung war, das sei dahingestellt. Aber Molln braucht einen Arzt. Anschließend stellt er Berechnungen an und sagt, man darf nicht alles durcheinanderbringen. Es war seines Erachtens, die einzige Lösung, die man zusammengebracht hat und man hätte das nicht mehr aufschieben können, das war nicht möglich, man war ja unter Zeitdruck und wenn wir einen Arzt brauchen, dann muss die Gemeinde handeln. Jeder, der heute nicht mitstimmt, ist seiner Meinung nach gegen einen Arzt in Molln!

GRM Aigner (SPÖ) verweist auf die unbesetzten Hausarztstellen in Oberösterreich und sagt, dass es eine Freude ist, dass sich ein so junges Ärztteehepaar für Molln interessiert und die gesundheitliche Versorgung nachhaltig sichert. Das ist ein ganz wesentlicher Faktor für die Lebensqualität von Molln. Bezüglich Finanzierung, sagt er, dass die Gemeinde Eigentum schafft, wo sich der Arzt einmieten kann. Es gibt immer bessere Projekte, aber das Projekt konnte man umsetzen und das ist für ihn das Wesentliche. Aus diesem Grund wird er auch für das Projekt stimmen, denn er war immer bestrebt, dass man einen Arzt für Molln bekommt und das ist somit gesichert.

GVM Seebacher (ÖVP) sagt, dass es traurig ist, wenn alle sagen, man will einen Doktor und dann prangert man ihn an und sagt, er kostet der Gemeinde € 500.000,--. Die Gemeinde gibt keinem Arzt € 500.000,--, man macht ein Gebäude um das Geld, die Hälfte zahlt er zurück und wenn man das öffentliche WC noch berücksichtigt, dann ist es letztendlich so, dass man sich eine ganz billige Eigentumswohnung gekauft hat.

GRM Platzer A. (bim) sagt, er möchte schon noch etwas dazu sagen, es hätte Alternativmöglichkeiten gegeben, aber man hat sie nie gesucht, weil man sich von Haus aus von Seite der Bürgermeisterpartei festgelegt hat. Zur Förderung sagt er, dass ich Koll. Schober,

der heute nicht anwesend ist, die Mühe gemacht hat, das durchzurechnen und auch er hat das gemacht. Daraus resultiert sehr wohl, eine Wirtschaftsförderung von ca. € 500.000,-- aufgrund der reduzierten Miete, die man Hr. Dr. Schilcher angedeihen lässt. Eine Förderung war für ihn immer klar und bim war auch immer für einen Arzt, das haben sie immer befürwortet. Fakt ist, hier gibt es diese hohe Wirtschaftsförderung und kein einziger Betrieb in Molln hat das jemals bekommen, das muss allen klar sein. Das ist Gemeindegeld, das ist Steuergeld.

Er sagt weiters, dass er diese Aufstellung zum Protokoll geben möchte und sie bereits heute auch schon an Elisabeth Fischer per e-mail übermittelt hat.

Der **Bürgermeister** ersucht GRM Platzer, diese Aufstellung vorzulesen.

GRM Platzer A. (bim) bringt anschließend die Aufstellung bzw. Berechnung von GVM Schober zur Kenntnis (Beilage).

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Förderung von € 500.000,-- auch für ihn nicht nachvollziehbar ist, denn man muss auch den Bauzins berücksichtigen, den die Gemeinde monatlich erhält, und das auf 66 Jahre. Das dürfte in der Berechnung übersehen worden sein. Er weiß auch nicht, welche Förderungen die Gemeinde an die Betriebe vor seiner Zeit gewährt hat.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand mit 13 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, Aigner – SPÖ), 4 Nein-Stimmen (bim – ohne Rußmann A.) und 8 Stimmenthaltungen (Rußmann A., bim sowie SPÖ – ohne Aigner) den vorliegenden Kaufvertrag mit der Fa. Anton Aigner GesmbH für die Hausarztpraxis und öffentliche WC-Anlage (Beilage);

b) Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand mit 20 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, SPÖ) und 5 Nein-Stimmen (bim) den vorliegenden Wohnungseigentumsvertrag mit der Fa. Anton Aigner GesmbH für die Hausarztpraxis und öffentliche WC-Anlage (Beilage);

c) Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand mit 23 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, SPÖ sowie bim – ohne Platzer A. und Priller) und 2 Stimmenthaltungen (Platzer A. und Priller, beide bim) den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag mit der Fa. Anton Aigner GesmbH für die Bushaltestelle (Beilage);

d) Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand mit 20 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, SPÖ), 2 Nein-Stimmen (Platzer A. und Priller, beide bim) und 3 Stimmenthaltungen (bim – ohne Platzer A. und Priller) den vorliegenden Mietvertrag mit Dr. Peter Schilcher für die Hausarztpraxis;

e) Der **Bürgermeister** sagt, dass der Kaufpreis für die Räumlichkeiten der Arztpraxis und des öffentlichen WC samt Nebenkosten durch die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 500.000,-- finanziert werden soll. Die Aufnahme eines entsprechenden Darlehens mit einer Laufzeit von 20 Jahren wurde ausgeschrieben, wobei die Raiba Region Kirchdorf, die Sparkasse Molln und die Bawag zur Angebotslegung eingeladen wurden.

Bestbieter bei einer Bindung an den 6 Monats-Euribor ist die Bawag mit einem Aufschlag von 0,53 %, wobei gleichzeitig festgelegt wird, dass der Referenzzinssatz „null“ beträgt, sollte der Referenzzinssatz niedriger als „null“ sein.

Als 2. Variante wurde um ein Fixzinsangebot angefragt. Dazu liegt nur ein Angebot der Bawag mit einem Fixzinssatz von derzeit 0,77 % p.a. für die gesamte Laufzeit vor und er schlägt vor, diese Variante zu beschließen.

Wortmeldungen wurden unter a) – d) protokolliert.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand mit 13 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, Aigner – SPÖ), 2 Nein-Stimmen (Platzer A. und Priller, beide bim) und 10 Stimmenthaltungen (SPÖ – ohne Aigner sowie Rußmann A., Platzer Ch. und Gasplmayr – alle bim) die Darlehensaufnahme für die Finanzierung der Hausarztpraxis samt WC-Anlage in Höhe von € 500.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren bei der Bawag mit einem Fixzinssatz von dzt. 0,77 % p.a. für die gesamte Laufzeit lt. vorliegenden Musterkreditvertrag.

Punkt 2) Sanierung Schulzentrum; 1. Etappe; WC-Anlagen, Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass mit Schreiben vom Amt der Oö. Landesregierung vom 16.4.2020, IKD-2019-10815/20-Rei, für das Projekt „Volks- und Neue Mittelschule Molln – WC-Anlagen-Sanierung“ folgender Finanzierungsplan mit Gesamtkosten in Höhe von € 130.000,-- für das Jahr 2020 genehmigt wurde:

LZ (Pflichtschulbau) € 33.800,--

BZ (Projektfond/Schulbau) € 28.600,--

Gemeinde (Eigenmittel) € 67.600,--

Aufgrund der durch die Corona Pandemie äußerst angespannten finanziellen Situation soll die Sanierung der WC-Anlagen auf das Jahr 2021 verschoben werden.

Der Bürgermeister sagt weiters, dass es leider für die Sanierung der Schulküche keine Finanzierungszusage gibt.

Anschließend ersucht er um Wortmeldungen.

GRM Brunner (SPÖ) verweist auf den in der letzten GRS gefassten Grundsatzbeschluss zur Schulsanierung und sagt, dass sie den Eindruck hat, dass die Marktgemeinde Molln vom Land mit Fördermittel für den Schulbereich hintangestellt wird. Sie verweist diesbezüglich auf die Hallenbadsanierung und auf den Förderantrag für die Errichtung der 3. Gruppe der Nachmittagsbetreuung für die NMS. Sie sagt weiters, dass die Schulküche zertifiziert ist und dass diese erhalten bleiben soll – sie ist sogar wichtiger, als die WC-Sanierung. Anschließend ersucht sie alle Fraktionen, das Sanierungsprojekt für die Schulküche auf den Weg zu bringen.

GRM Wagner (FPÖ) sagt, dass man sich die Verschiebung der WC-Sanierung vorstellen kann und die Schulküche ein Anliegen ist. Er ersucht den Bürgermeister und alle Fraktionen um Mithilfe bei einer Vorsprache beim Land.

Der **Bürgermeister** versichert, dass das 1 x pro Woche Thema ist für ihn beim Land.

GRM Buchriegler (ÖVP) verweist auch auf das beschlossene Gesamtprojekt und sagt, dass es für die 3. Gruppe der Nachmittagsbetreuung in der NMS leider zu wenig Kinder gibt. In der Schulküche werden leider nur 110 – 120 Mahlzeiten ausgespeist und nicht 130, die

Voraussetzung für eine Förderung sind. Sie hat auch bereits beim Land deswegen vorgeschrieben und es wurde ihr versprochen, dass die Küche nicht zugesperrt wird.

GRM Platzer (bim) sagt, dass diese Sanierung ein wichtiges Thema für Molln ist und man alle Anstrengungen tätigen sollte, um die Schule zu erhalten. Das Gesamtanierungsprojekt muss weiter betrieben werden.

GRM Rußmann A. (bim) verweist auf einige Klausuren nach der Wahl, in dem die Schulsanierung beschlossen wurde. Leider ist die Schülerzahlenentwicklung in der NMS nicht so, wie man es will. Man könnte aber meinen, dass schon an einer Schulschließung gearbeitet wird, weil man bisher nicht viele Initiativen gesehen hat. Anschließend spricht er die Bundesförderung infolge des Corona Lockdowns an und fragt, ob es sinnvoll ist, heute auch eine Übertragung an den GV zu schließen.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass € 384.000,-- für Molln vorgesehen sind, die Gemeinde benötigt aber die gleiche Summe, um eine Förderung zu erhalten.

AL Mag. Pölz sagt dazu, dass die Auftragsvergabe mit Kosten von rd. € 50.000,-- für die Sanierung der Schulküche ohnehin in die Kompetenz des Gemeindevorstandes fällt, wenn es keine BZ-Mittel gibt und verweist dazu auf den Grundsatzbeschluss, der in der GRS bereits gefasst wurde.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand:

- den vorliegenden Finanzierungsplan vom Amt der Oö. Landesregierung vom 16.4.2020, IKD-2019-10815/20-Rei, für das Projekt „Volks- und Neue Mittelschule Molln – WC-Anlagen-Sanierung“ mit der Abänderung, dass das Projekt erst 2021 umgesetzt wird und die Fördermittel auch erst 2021 benötigt werden;
- Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Bundes infolge des Corona-Lockdowns für die Sanierung der Schulküche heranzuziehen, auch wenn es keine Förderung vom Land dafür gibt.

Punkt 3) Sanierung Straßenbeleuchtung; Beratung und Beschlussfassung

a) Auftragsvergabe

b) Darlehensaufnahme

Der **Bürgermeister** berichtet, dass für die Sanierung der Straßenbeleuchtung samt geringfügiger Erweiterungen die Ausschreibung durchgeführt wurde. Von 5 Firmen wurde ein Angebot abgegeben. Die Angebote wurden von der Fa. Akun Lichttechnik GmbH geprüft, wobei von dieser vorgeschlagen wird, den Auftrag an die Fa. eww Anlagentechnik GmbH, Wels, zu einem Angebotspreis von € 474.925,32 inkl. MWSt. als Bestbieter zu vergeben.

Er sagt weiters, dass die Ausschreibung der Sanierung samt Planungskosten ein Investitionsvolumen von rd. € 480.000,-- ergeben hat, wobei abzüglich der zu erwartenden Förderung aus dem „Contracting-Programm“ in Höhe von € 100.000,-- ein Finanzierungsvolumen in Höhe von € 380.000,-- erforderlich ist.

Die Fa. eww als Contractor bietet laut Ausschreibungsergebnis eine 10-jährige Finanzierung mit einem Aufschlag von 1,5% auf den 12-Monats-Euribor an. Da bei einer Finanzierung über

eine Bank mit wesentlich besseren Finanzierungsbedingungen zu rechnen ist, wurde vom Amt alternativ die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von bis zu € 380.000,-- mit einer Vertragslaufzeit von 10 Jahren ausgeschrieben, wobei die Raiba Region Kirchdorf, die Sparkasse Molln und die Bawag zur Angebotslegung eingeladen wurden. Bestbieter bei einer Bindung an den 6 Monats-Euribor ist die Raiba Region Kirchdorf mit einem Aufschlag von 0,45 %, wobei gleichzeitig festgelegt wird, dass der Referenzzinssatz „null“ beträgt, sollte der Referenzzinssatz niedriger als „null“ sein.

Als 2. Variante wurde um ein Fixzinsangebot angefragt. Bestbieter dabei ist die Bawag mit einem Fixzinssatz von derzeit 0,65% p.a. für die gesamte Laufzeit. Gegenüber der Finanzierung über den Contractor ist die Darlehensaufnahme jedoch genehmigungspflichtig und bedarf daher einer Zustimmung des Landes OÖ, IKD. Der Bürgermeister spricht sich für die Variante 6 Monats-Euribor aus und ersucht anschließend um Wortmeldungen.

GVM Rußmann A. (bim) sagt, dass das Projekt technisch und umweltschutzmäßig höchst notwendig ist. Anschließend stellt er den *Antrag, abzuklären, ob das Projekt auch über die Kommunalfinanzierung des Bundes abgewickelt werden kann, um eventuell eine günstigere Finanzierung zu erreichen.*

GVM Gasplmayr (bim) sagt, dass er bei dem Gespräch dabei war und bezüglich der Finanzierung des Projektes nicht gesagt wurde, dass Eigenmittel notwendig sind. Warum nun diese Änderung? Wenn das Projekt nun selber finanziert werden muss, so Gasplmayr, verweist er auch auf das vorliegende Konzept von GRM Platzer Alfred, welches Kosten in Höhe von € 273.000,-- verursachen würde.

Der **Bürgermeister** erklärt, dass immer klar war, dass die Finanzierung über einen Contractor laufen soll, welcher natürlich die Vorfinanzierung übernimmt. Sollte die Abt. IKD einer Darlehensaufnahme nicht zustimmen, müsste man die Variante mit der Finanzierung über einen Contractor nehmen. Er gibt weiters bekannt, dass zwar die Fa. eww bei der Sanierung als Bestbieter bei der Ausschreibung hervorgegangen ist, Subunternehmer ist aber die Fa. etech.

GRM Aigner (SPÖ) dankt GRM Platzer A. dafür, dass er 2018 ein Konzept erstellt hat. Er sagt weiters, dass man ein Projekt braucht, welches umsetzbar ist und die Stromkosten reduziert.

GRM Platzer A. (bim) sagt, dass er klarstellen möchte, dass die Einsparung nicht nur bei den Energiekosten, sondern auch bei der Wartung gegeben sein müssen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand:

- a) mit 21 Ja-Stimmen (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Rußmann A. – bim) und 4 Stimmenthaltungen (bim – ohne Rußmann A.) die Auftragsvergabe für die Sanierung der Straßenbeleuchtung an die Fa. eww Anlagentechnik Gmbh, Wels, mit einer Auftragssumme von € 474.925,32 inkl. MWSt.;
- b) mit 21 Ja-Stimmen (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Rußmann A. – bim) und 4 Stimmenthaltungen (bim – ohne Rußmann A.) die Darlehensaufnahme in Höhe von bis zu € 380.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei der Raiba Region Kirchdorf mit einer Bindung an den

6 Monats-Euribor und einem Aufschlag von 0,45 % lt. vorliegenden Musterkreditvertrag.

Sollte es eine Bundesförderung aus dem Kommunalen Investitionsprogramm infolge des Corona-Lockdowns geben, ist die Darlehenssumme dementsprechend zu reduzieren.

Punkt 4) FF Frauenstein; Ankauf Neues Löschfahrzeug (LF-B); Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass für den Ankauf des Löschfahrzeuges ein Angebot auf BBG-Basis der Fa. Magirus Lohr, Kainbach/Graz, in Höhe von € 193.806,85 vorliegt. Es handelt sich dabei um einen Iveco Daily samt Pflichtbeladung und Zusatzausstattung. Der Finanzierungsanteil der Gemeinde beträgt rd. € 53.200,--, wobei dafür im RA 2019 bereits eine Rücklage gebildet wurde. Mit der Bezahlung des Kaufpreises ist aufgrund der Lieferfristen erst im Jahr 2021 zu rechnen. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Welser (SPÖ) gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung und sagt, dass die Schlagkraft der FF-Frauenstein zum Wohle der Bevölkerung dementsprechend erhöht wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Auftragsvergabe für das Löschfahrzeug (LF-B) der FF-Frauenstein an die Fa. Magirus Lohr, Kainbach/Graz, mit einer Auftragssumme in Höhe von € 193.806,85.

Punkt 5) Subventionen an Vereine und Körperschaften; Finanzjahr 2020; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass alle entsprechend den Förderungsrichtlinien rechtzeitig für 2020 eingelangten Subventionsanträge in der Fraktionsobleutebesprechung behandelt wurden. Als Ergebnis liegt nunmehr die Subventionsliste für das Jahr 2020 vor, die mit der Einladung zur Sitzung an alle GRM ergangen ist. In der Liste ist festgehalten, welcher Verein bzw. Körperschaft welchen Betrag erhalten soll – der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass es eine Gruppe gibt, die in den letzten Jahren über die Subventionen beraten und eine Liste ausgearbeitet hat. Heuer wurde nur die Liste mitgeschickt. Er fragt den Bürgermeister, warum dieses Gremium heuer nicht einberufen worden ist.

Der **Bürgermeister** sagt, dass das heuer aufgrund von Covid-19 nicht möglich war und auch das Land aus diesem Grund ersucht hat, Subventionen noch in diesem Jahr auszubehalten. Daher hat er diese Angelegenheit mit den Fraktionsobleuten besprochen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass es 19 WGs in Molln gibt. Er ist selber Obmann einer WG und es hat immer geheißen, dass WGs nicht gefördert werden. Er weiß hier nicht, welcher Wasserzins eingehoben bzw. wofür diese € 1.000,-- sind. Seine Meinung ist, dass man hier ein Loch öffnet für alle anderen WGs bzw. dass dann bei irgendwelchen Umbauarbeiten Ansuchen an die Gemeinde gestellt werden.

Der **Bürgermeister** sagt, der Antrag hat auf € 5.000,-- -8.000,-- gelautet für Umbaumaßnahmen in Höhe von € 40.000,--.

Er sieht das seitens der Gemeinde als Anerkennungsbeitrag für die Freiwilligenarbeit, weil dem Ansuchen um einen höheren Beitrag ja auch nicht entsprochen wurde.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, seine Fraktion wird zustimmen, aber hier ist der Sinn verfehlt. Die Gruppe hätte sich treffen können, es sind große Räume für Besprechungen vorhanden, denn es sind auch andere Sitzungen abgehalten worden. Er findet es nicht in Ordnung, dass man sich immer nur auf Covid hinausredet. Für nächstes Jahr regt er an, dieses Gremium wieder einzuberufen, auch wenn es Covid dann noch gibt. Sonst hätte man auch im GV darüber beraten können.

Der **Bürgermeister** sagt, dass das Ansuchen bereits im Herbst vorgelegen und in der Budgetsitzung behandelt worden ist. Dort ist auch festgelegt worden, dass es mit der Subventionsliste abgehandelt werden soll.

GRM Rußmann A. (bim) sagt, dass er seinem Vorredner Recht gibt. Wenn die Leute das selber machen ist das sehr gut, weil natürlich die Kosten für den Wasserbezug sehr niedrig gehalten werden können. Sein Ansatz wäre aber, die Leute, die das ehrenamtlich machen, hervorzuheben und nicht der Genossenschaft € 1.000,-- zu geben. Man kann das logischerweise budgettechnisch nicht für 19 Wassergenossenschaften durchziehen. Man sollte schon eine gewisse Konsequenz und Transparenz hier einhalten, denn wie geht man mit den nächsten 5 Ansuchen um. Deshalb wird er bei diesem Punkt nicht mitstimmen, weil er findet, dass die Vorgangsweise verkehrt ist.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass die Fraktionsobleute die Subventionsliste bearbeitet haben und die WG ein Punkt war, wo man sich untereinander sehr strittig war. Es sind auch noch andere Punkte in der Subventionsliste gelandet, die nicht dazugehören, wo aber sich die Fraktionsobleute in der Budgetsitzung darauf geeinigt haben, dass sie da behandelt wird. Die Fraktionsobleute haben sich geeinigt, hier eine Türe zu öffnen, das heißt aber nicht, wenn eine andere WG kommt, dass diese auch wieder € 1.000,-- bekommt. Der Antrag der WG hat höher gelautet und die € 1.000,-- sind genau 2,5 % der Projektsumme. Sollte ein Antrag einer anderen WG kommen, muss ein Gesamtprojekt vorgelegt werden und dann bekommt sie auch 2,5 % - auf das haben sich alle geeinigt. Gleiches Recht für alle.

GRM Platzer A. (bim) sagt, dass Vereinssubventionen ein wichtiger Bestand der Gemeinde sind, das wurde auch immer bekundet und das wird man auch in Zukunft tun. Die Vereine sollen auch in Zukunft unterstützt werden. er gibt zu bedenken, dass eigentlich 2 Beschlüsse gefasst werden müssen, denn vor einigen Jahren wurden Statuten für Subventionen beschlossen, an die man sich eigentlich halten muss. Eine WG ist kein Verein, also müsste es einen eigenen Beschluss geben. Er hat sich dann auch bereit gelassen, der WG Geld zu geben, weil er die Situation kennt – er ist selber Mitglied und war 20 Jahre im Vorstand. Die Genossenschaften leisten wesentliche Arbeit, sie sparen aber auch über Jahre - ja Jahrzehnte an und aus seiner Sicht hat die Genossenschaft das gut finanziert.

GRM Rußmann A. (bim) sagt, da sieht man wieder einmal, wie missverständlich Anträge sein können. Er hat gedacht, dass es hier um Vereinsförderung geht und nicht um eine Projektförderung. Wenn man aber jetzt Projektförderungen schon in der Subventionsliste abwickelt, ist das eine Neuigkeit und ungefähr so vergleichbar, wie wenn man das Feuerwehrauto der FF-Frauenstein auch bei den Subventionen dabei hätte.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt zur Erklärung, dass sie glaubt, dass hier etwas verwechselt wird. Die Richtlinien für die Vereinsförderung sind bekannt, aber in der Budgetsitzung hat man sich geeinigt, dass man das klärt bei den Subventionen und nicht im Gemeindevorstand. Da hätte man damals schon sagen müssen, dass es bei den Subventionen keinen Platz hat und im Gemeindevorstand zum Abwickeln ist. Das ist der Grund.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die vorliegende Subventionsliste in Höhe von € 64.336,55 (Beilage).

- Punkt 6) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung u. Beschlussfassung:**
a) Bianca Bosche; Umwidmung Nr. 3.101; Grundsatzbeschluss
b) ÖBF AG, Forstbetrieb Steyrtal; Umwidmung Nr. 3.102; Grundsatzbeschluss
c) Rene Haidlmair; Umwidmung Nr. 3.103; Grundsatzbeschluss

a) Der **Bürgermeister** sagt, dass Bianca Bosche, Eigentümerin der Liegenschaft Wehrstraße 1, hat die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 971/2, KG Molln, im Ausmaß von 425 m², von derzeit „Grünland“ in „W“ – Wohngebiet beantragt. Das Umwidmungsvorhaben steht im Einklang mit den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Eine positive Stellungnahme des Ortsplaners liegt vor. Zur Einleitung der weiteren Verfahrensschritte soll dieses Umwidmungsvorhaben vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossen werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass diese Angelegenheit im Ausschuss Straße, Kanal und Raumplanung behandelt und die Zustimmung erteilt wurde – er gibt namens der SPÖ auch seine Zustimmung.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.101; Grundsatzbeschluss; Bianca Bosche, Teilfläche Parz. 971/2, KG Molln, im Ausmaß von 425 m², von derzeit „Grünland“ in „W“ – Wohngebiet.

b) Der **Bürgermeister** sagt, dass die ÖBF AG, Forstbetrieb Steyrtal, die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 720/12, KG Molln, im Ausmaß von 7.943 m², von derzeit „Grünland“ in „W“-Wohngebiet beantragt hat. Das Umwidmungsvorhaben steht im Einklang mit den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Eine positive Stellungnahme des Ortsplaners liegt vor. Zur Einleitung der weiteren Verfahrensschritte soll dieses Umwidmungsvorhaben vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossen werden und er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass diese Angelegenheit im Ausschuss Straße, Kanal und Raumplanung behandelt wurde und der Bürgermeister ersucht wird, dass auch ein Verkaufsrecht eingeräumt wird. Die SPÖ gibt auch dazu Zustimmung.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.102; Grundsatzbeschluss; ÖBF AG, Forstbetrieb Steyrtal, Teilfläche Parz. 720/12, KG Molln, im Ausmaß von 7.943 m², von derzeit „Grünland“ in „W“-Wohngebiet.

c) Der **Bürgermeister** sagt, dass Rene Haidlmair, Eigentümer der Liegenschaft Pertlgraben 1, die Umwidmung der Parzelle 1020/3, KG Ramsau, von derzeit „Grünland“ in einerseits „Verkehrsfläche/Parkplatz“ im Ausmaß von 2.653 m² und andererseits „Grünland mit besonderer Widmung/Trenngrün Nr. 2“ im Ausmaß von 832 m² beantragt hat. Das Umwidmungsvorhaben steht im Einklang mit den Festlegungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Eine positive Stellungnahme des Ortsplaners liegt vor. Zur Einleitung der weiteren Verfahrensschritte soll dieses Umwidmungsvorhaben vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossen werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass diese Angelegenheit im Ausschuss Straße, Kanal und Raumplanung behandelt und die Zustimmung erteilt wurde – er gibt namens der SPÖ auch seine Zustimmung.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.103; Grundsatzbeschluss; Rene Haidlmair, Parz. 1020/3, KG Ramsau, im Ausmaß von 2.653 m² von derzeit „Grünland“ in „Verkehrsfläche/Parkplatz“ und im Ausmaß von 832 m² von „Grünland“ in „Grünland mit besonderer Widmung/Trenngrün Nr. 2“.

Punkt 7) Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2019; Prüfbericht BH Kirchdorf/Krems; Kenntnisnahme

Der **Bürgermeister** teilt mit, dass der Bericht der BH Kirchdorf/Krems über die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Finanzjahr 2019, BHKIGEM-2020-47465/2-SCE gem. § 99 Abs. 2 Oö. GdeO 1990 dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind. Der Bericht ist an alle GRM mit der Einladung zur Sitzung ergangen und er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Punkt 8) Anonyme Aufsichtsbeschwerde und Aufsichtsbeschwerde der SPÖ-Fraktion gegen Bürgermeister, Enderledigung Amt der Oö. Landesregierung IKD-2018-502451/15-Oa; Kenntnisnahme

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Enderledigung der Abt. IKD vom Land Oö. zur anonymen Aufsichtsbeschwerde und zur Aufsichtsbeschwerde der SPÖ-Fraktion jeweils gegen den Bürgermeister dem GR zur Kenntnis zu bringen ist. Das diesbezügliche Schreiben ist an alle GRM mit der Einladung ergangen. Für ihn ist das ein positiver TO-Punkt, weil er immerhin 20 Monate auf diese Entscheidung gewartet hat und sie ist für ihn gut ausgefallen. Anschließend verliert er das Schreiben. Er hofft, dass es in Zukunft keine anonymen Anzeigen mehr gibt, sie behindern nicht nur seine Arbeit, sondern sie bremsen auch die Arbeit in der ganzen Gemeinde, so der Bürgermeister. Das ganze Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Steyr in Verbindung mit der Landespolizeidirektion Linz geleitet und von der Abt. IKD überprüft. Die Anzeige war am 30.10.2018 und die Enderledigung ist dann Mitte Mai ergangen. Jeder kann sich sicher vorstellen, dass so eine Anzeigeflut belastend ist. Hauptaufgabe eines Bürgermeisters ist die Vertretung der Marktgemeinde Molln. Anschließend ersucht er um Wortmeldungen.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass 2 Jahre lang geprüft wurde, Gemeindemitarbeiter verhört wurden und trotzdem wurde nichts gefunden! In Zeiten wie diesen kann sich ein Bürgermeister keine Fehlritte im Bauamt oder Privatgeschäfte mit dem Bauhof erlauben, denn wir wissen, dass die Aufsichtsbehörde gegenüber Bürgermeistern in den letzten Jahren sehr streng geworden und die Konsequenzen erbarmungslos sind. Das kann sich unser Bürgermeister als Finanzbeamter nicht erlauben, so GRM Buchriegler. Interessant ist auch, dass der Bürgermeister angezeigt wurde, weil der Schuldirektor zu früh mit den Umbauarbeiten angefangen hat. Bürgermeister Fritz Reinisch war zu dieser Zeit auf Urlaub und die Amtsgeschäfte hat damals der Vizebürgermeister geführt.

Man versucht, mit laufenden Aufsichtsbeschwerden, den Bürgermeister los zu werden. Es ist nicht die erste und es werden auch weitere kommen. Gott sei Dank sind seit heuer die Anzeigen nicht mehr anonym und die Abwicklung geht auch immer schneller. Eine weitere Aufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister wegen der Vertragsvergabe an die Fa. Aigner ist auch positiv für den Bürgermeister ausgegangen. Das erweckt den Eindruck, dass noch immer Personen im parteipolitischen Streit in der Vergangenheit stecken geblieben sind und alten Zeiten nachtrauern. Sie hat das Gefühl, dass das noch Retourkutschen aus alten Gemeinderatsperioden sind. Scheinbar 2015 war es die ÖVP, jetzt kommt die Retourkutsche von der SPÖ. Für sie ist das parteipolitisches Geplänkel, das einen einfach ärgert. Es zeigt auch, dass wenig Interesse da ist, um gemeinsam das Beste für Molln herauszuholen, denn dann würde es heißen, Kompromisse einzugehen und gemeinsam einen neuen Weg einzuschlagen. Man sollte die Energie für die Zukunft einsetzen, denn es sind genug Herausforderungen da, die eine Lösung brauchen.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass es legitim bleiben muss, in der Politik auch einmal etwas anzuzweifeln und wenn es um die Vergabe in der Neuen Mittelschule geht, gibt es anscheinend ein mündliches Gespräch. Auch wenn gesagt wurde, dass der Vizebürgermeister die Geschäfte in Vertretung geführt hat, war trotz alledem der Bürgermeister bei dem Ausbau der Nachmittagsgruppe involviert, weil es ja auch den Schulgipfel etc. gegeben hat. Und so wie ihre Vorrednerin bereits gesagt hat, ist sie auch dafür, die „alten“ Geschichten zu begraben. Aber eines muss man auch sagen, wenn man in die Politik geht, muss man auch etwas aushalten. Und was die Vorgängerin des Bürgermeisters ausgehalten hat, das möchte sie hier nicht erwähnen. GRM Brunner ist 2007 in den Gemeinderat gekommen und die ersten Sitzungen waren für sie „Magenweh-Sitzungen, weil die Bürgermeisterin unter der Gürtellinie getroffen

wurde – bis in die Familie. Das möchte sie jetzt auch einmal sagen. Und daher muss man auch aushalten, wenn Projekte hinterfragt werden. Und noch etwas möchte sie dazu sagen, die meisten Anschuldigungen, die der Bürgermeister da erwähnt hat, waren anonym! Das von der SPÖ war die Angelegenheit mit der Neuen Mittelschule. Die SPÖ ist natürlich für Zusammenarbeit und sie ist ja bekannt, so GRM Brunner, dass sie immer jemanden die Hände reicht.

GRM Rußmann A. (bim) sagt, dass er nicht involviert ist bei diesen ganzen anonymen Anzeigen. Er muss aber insofern seiner Vorrednerin Recht geben, dass man schon noch nachfragen und prüfen lassen darf, ob das rechtlich überhaupt eine Basis hat, wenn man bei Abwicklungen von Projekten glaubt, dass es hier eine „Freunderlwirtschaft“ gibt. Und wenn sich dabei Fragen stellen, darf man das wohl noch vom Kontrolldienst des Landes beantworten lassen. Das steht wohl allen zu und ist auch nicht anrühlich oder ehrenrühlich.

Der **Bürgermeister** sagt abschließend, dass es schon üblich, aber nicht nett ist, wenn er da 20 Monate lang akribisch verfolgt wird und Einvernahmen hat. Er kann sich nicht vorstellen, dass seine Vorgängerin ein Verfahren über 20 Monate gehabt hat. Er hat viele Einvernahmen gehabt und auch der Amtsleiter ist einige Male einvernommen worden. Er stellt sich das Bürgermeisteramt so nicht vor. Vielleicht sollte man auch in Zeiten von Covid19 einen Appell an alle richten, einmal darüber nachzudenken, ob das überhaupt notwendig ist. Jeder kann zu ihm kommen, er hat für alle ein offenes Ohr, und man kann über alles reden. Diese Sachen aber, die hier passieren, findet er einfach nur schäbig.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, geht der Bürgermeister zum TO-Pkt. 9) über.

Punkt 9) Krabbelstube, Errichtung 2. Gruppe; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass aufgrund der zahlreichen Anmeldungen und der gestiegenen Nachfrage eine 2. Gruppe errichtet werden soll. Es gibt 17 Anfragen und Anmeldungen. Bei den Tagesmüttern stehen aber 14 Plätze zur Verfügung. Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass eine Kinderbetreuung für berufstätige Eltern wichtig ist und Sicherheit schafft, zu wissen, dass die Kleinen versorgt sind. Die Gemeinde Molln lässt sich auch die Kinderbetreuung etwas kosten und hat jährlich einen Abgang von mehr als € 250.000,--. Im Bezirk gehört man mit den vorhandenen Einrichtungen zu den Spitzenreitern. Das kann aber nicht ins Unermessliche und Selbstverständliche gehen. Alle müssen den Gürtel enger schnallen. Die Gemeinde muss aufgrund der Auswirkungen von Corona zwischen € 300.000,-- und 400.000,-- einsparen, genaue Zahlen weiß man erst ab Herbst. Es werden einerseits wichtige Projekte hinten angestellt und auf der anderen Seite nimmt man das Geld wieder für zusätzliches Personal und Umbauarbeiten. Die Krabbelgruppe kann vielleicht nicht so viel kosten, es muss aber eine weitere Kindergartengruppe ausgegliedert werden, es müssen Räumlichkeiten wieder adaptiert werden, man braucht zusätzliches Personal – es zieht einen ganzen „Rattenschwanz“ hinter sich. In Molln gibt es 3 tolle Tagesmütter und nach Abfrage können diese noch 14 Kinder aufnehmen. Im Herbst wechseln noch Kinder in den Kindergarten über und das heißt, dass man aus derzeitiger Sicht die angemeldeten 17 Kinder unterbringen wird. Die Gemeinde zahlt auch sehr viel Geld an den Verein Tagesmütter und sie appelliert an alle, dass die freien Plätze bei den Tagesmüttern erst einmal besetzt werden. Aus jetziger Sicht

haben alle Kinder einen Platz und können betreut werden. Nach Ansicht der Budgetlage im Herbst sieht man dann, ob man sich die 2. Gruppe im nächsten Jahr, im 2. Halbjahr, leisten kann. Sie möchte, dass der Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung die finanzielle Lage und den Bedarf für die 2. Gruppe genau prüft und stellt daher den *Antrag auf Zuweisung an den zuständigen Ausschuss*.

Der **Bürgermeister** lässt anschließend über den Antrag von GRM Buchriegler abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann A. und Gasplmayr) und 10 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann A. und Gasplmayr, beide bim) durch Heben der Hand die Zuweisung des Tagesordnungspunktes an den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung.

Punkt 10) SPÖ-Fraktion; Nachwahlen in diverse Ausschüsse; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass von der SPÖ-Fraktion Nachwahlen in Ausschüsse durchgeführt werden. Er bringt anschließend die Wahlvorschläge zur Kenntnis.

Auf die Frage des **Bürgermeisters**, ob geheim oder offen abgestimmt werden soll, **beschließt der Gemeinderat durch Heben der Hand einstimmig, die Fraktionswahl offen durchzuführen.**

Anschließend lässt der **Bürgermeister** abstimmen.

Von der SPÖ-Fraktion werden einstimmig (ohne Aigner, da Stimmenthaltung) gewählt:

Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung:

Mitglied: Martin Schober anstelle Wildauer Mario

Ausschuss Soziales, Senioren, Wohnungsvergaben und Familie:

Mitglied: Otto Bachmayr anstelle Mario Wildauer
Ersatzmitglied: Thomas Summereder anstelle Otto Bachmayr

Ausschuss Bauangelegenheiten und Gebäude:

Ersatzmitglied: Thomas Summereder anstelle Wilhelm Haidinger

Ausschuss Wirtschaft, Tourismus, Ortsentwicklung und Landwirtschaft:

Ersatzmitglied: Thomas Summereder anstelle Mario Wildauer

Sanitätsausschuss Molln:

Mitglied: Ulrike Brunner anstelle Mario Wildauer

Ersatzmitglied: Thomas Summereder anstelle Ulrike Brunner

Punkt 11) Allfälliges

Der **Bürgermeister** gibt bekannt, dass seitens der SPÖ-Fraktion **GRM Ulrike Brunner zur Fraktionssitzenden und GVM Martin Schober zum Fraktionsvorsitzen-Stellvertreter** bestellt wurden.

Er berichtet weiters, dass das **Fest der Volkskultur 2020** aufgrund der Covid19-Pandemie auf 10. bis 12. September 2021 verschoben wurde.

GVM Welser (SPÖ) erkundigt sich, warum im **Bodinggraben** eine Rad-Schiebestrecke verordnet wurde.

Der **Bürgermeister** erklärt, dass es hier um Haftungsgründe geht, da dieses Teilstück sehr schlecht bzw. die Schlaglöcher sehr groß sind.

GRM Rußmann A. (bim) fragt bezüglich Stand **Verfahren/Federlehner**

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass der Prozess dahingehend gewonnen wurde, dass die Erstreitung des öffentl. Gutes durch Hr. Federlehner nicht gewonnen wurde. An dem bestehenden Weg hat sich nichts geändert. Es gibt noch immer den aufrechten GR-Beschluss, wonach die Gemeinde eine Entschädigung an Hr. Federlehner in Höhe von € 5.000,-- leistet, damit es ein öffentl. Weg wird.

GRM Brunner (SPÖ) fragt bezüglich Stand **Internetausbau in der Breitenau** – sie sagt, dass es große Probleme gibt.

Der **Bürgermeister** sagt, dass es nach wie vor in Bearbeitung ist. Das Problem kann über A1 behoben werden, ist kostengünstig und man hat dabei eine sichere Erfolgsquote. Das ist zur Zeit die einzige sinnvolle Lösung, die ihm angeboten wurde.

GRM Rußmann A. (bim) fragt, wie der Stand bezüglich **Parkraumbewirtschaftung** ist.

Der **Bürgermeister** sagt, dass diese Angelegenheit im Wirtschaftsausschuss behandelt wird, es soll eine gemeinsame Lösung für das gesamte Steyrtal gefunden werden.

GRM Platzer A. (bim) fragt, wann das **Sitzungsverbot für Ausschüsse** bezüglich Corona offiziell aufgehoben wird? Der **Bürgermeister** hat es ausgesprochen, es wurde aber nie offiziell aufgehoben. Er fragt anschließend wie die weitere Vorgehensweise ist im Zusammenhang mit dem **Bericht des Prüfungsausschusses**, in dem der **Bürgermeister** aufgefordert wurde, Unterlagen erarbeiten zu lassen bezüglich Entsorgung der Abwässer von denjenigen, die nicht am Kanal angeschlossen sind bzw. der Nichteinleiter. Der Ausschuss hat festgestellt, dass hier die Vorschreibungen im Kanal verbesserungswürdig sind.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass das Sitzungsverbot aufgehoben ist, es ist vom Vorsitzenden darauf zu achten, dass der 1 m-Abstand gewahrt wird. Sollte der Abstand nicht eingehalten werden können, besteht Maskenpflicht. Der **Bürgermeister** sagt bezüglich Kanal, dass die bestehenden überprüft worden sind, die Neuanschlüsse sowieso überprüft werden und Anlassfälle sofort bearbeitet werden.

GRM Platzer A. sagt, dass ihm das nicht reicht, weil der Prüfungsausschuss eine lückenlose Auflistung haben möchte. Er empfiehlt dem **Bürgermeister**, sich den Bericht des Prüfungsausschusses noch einmal anzusehen, sonst muss es im Prüfungsausschuss noch einmal behandelt werden und dann wird man natürlich weitere Schritte einleiten.

Er sagt weiters, dass die Gemeinde vor längerer Zeit vom **Rechnungshof** geprüft wurde. Der Gemeinderat hat dann eine Stellungnahme abgegeben, über die Maßnahmen, die man treffen

will bzw. wird. Da sind aus seiner Sicht viele Dinge noch immer nicht behandelt worden. Er schlägt daher vor, die genau beschriebenen Vorschläge noch einmal durchzugehen und zu besprechen. Das muss nicht im Prüfungsausschuss sein, denn es würde den Rahmen sprengen – er denkt dabei an eine Obmännerkonferenz oder in einer eigenen Sitzung. Weiters möchte er ansprechen, so GRM Platzer, und das wurde auch im Prüfungsausschuss schon mehrmals festgestellt, dass die **Einbindung der Ausschüsse** sehr reduziert worden ist, dh. es gibt kaum mehr Ausschusssitzungen, generell in allen Ausschüssen. Aus seiner Sicht müsste das wieder viel stärker eingebunden werden, denn es führt auch dazu – und das geht ihm als Fraktionsvorsitzenden genau so - dass viele Informationen einfach an allen vorbeigehen, weil die Ausschüsse einfach nicht informiert sind. Er bittet den Bürgermeister, die Ausschüsse seinerseits besser einzubinden. GRM Platzer merkt noch an, dass es in Molln eine **politische Umfrage** gegeben hat, wo man nicht weiß, von wem sie ausgehen. Das ist auch egal, aber es wurden Dinge angesprochen, die ihn durchaus berührt haben. Es wurde z.B. gefragt, was man von einer Schließung des Hallenbades und einer Schließung der Neuen Mittelschule hält. Er möchte hier im GR ganz klar kundtun, dass es für die bim diese Schließungen nicht gibt – sie sind nicht einmal anzudenken.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass sie eine Wortmeldung für eine **2. Krabbelgruppe** vorbereitet hätte. Sie ist verwundert, dass die Tagesmütter alle Kinder aufnehmen können. Mittlerweile melden die Eltern den Bedarf mit der Geburt eines Kindes an. Sie hofft für die Eltern, dass alle einen Platz bei den Tagesmüttern erhalten. Grundsätzlich hätte man heute den Antrag für eine 2. Gruppe gestellt. Seit 2017 gibt es Statistiken von Martin Schober für den Bedarf, diese liegen auf. Sie hat voriges Jahr im zuständigen Ausschuss eingefordert und sie fragt, was vertagt wurde in den Ausschuss. Die finanziellen Kosten sind ja bekannt. Man wird sehen, ob alle einen Betreuungsplatz bekommen, die einen benötigen bzw. ist sie gespannt, ob sich das so lösen lässt. Anschließend sagt GRM Brunner, dass sie in ihrer neuen Funktion als Fraktionsvorsitzende Süßigkeiten mitgebracht hat, die sie dann verteilen wird. Sie reicht allen die Hand reicht, aber Fragen darf man schon stellen und sie möchte nicht, dass man vor ihr sagt, sie verhält sich schäbig.

GRM Summereder (SPÖ) sagt, dass er sich auf die **Zusammenarbeit** mit allen GRM freut und fragt anschließend bezüglich **Parkplatzsituation bei der Frauensteinerbrücke**. Hier gibt es massive Grillpartys, die sehr ausarten und links und rechts alles verparkt wird. Was kann man dagegen tun, denn das wird immer mehr.

Der **Bürgermeister** ersucht Vizebürgermeister Hofbauer um die Beantwortung.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass man eine Anzeige machen bzw. ein Parkverbot erlassen kann. Das gleiche Problem gibt es auch im Bereich des Gh. Seeblick.

GVM Seebacher (ÖVP) gibt noch Infos bezüglich der **Parkraumbewirtschaftung**, wo ja mittlerweile gemeinsam mit den Steyrtalgemeinden ein Konzept erarbeitet wird.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass das in Bearbeitung ist und die Polizei sein wöchentlicher Gesprächspartner in dieser Angelegenheit ist.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) lädt in seiner Funktion als Kulturausschussobmann alle zur **1. Mollner Musiroas des MV-Molln** am 10.und 11.7.2020 ein.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.30 Uhr.